AUFRUF AN DIE HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSABGEORDNETEN

Deputationen erhalten und bürger*innennah reformieren!

Kurz nachdem der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher im Juni seinen Amtseid geschworen hatte und die Senator*innen bestätigt waren, legte Rot-Grün einen Antrag vor, mit dem ein massiver Eingriff in die Verfassung Hamburgs (HV) vorgenommen werden soll (Drs. 22/505). Er trägt den blumigen Namen *„Für ein modernes Verständnis von Bürgerbeteiligung an Entscheidungen der Exekutive – Weiterentwicklung von Artikel 56 HV“*. Tatsächlich wird die Bürger*innenbeteiligung abgeschafft und auf das ohnehin schon vorhandene, zum Teil unzulängliche Informationsrecht nach dem Transparenzgesetz reduziert, nun allerdings mit Verfassungsgarantie. In neun Hamburger Gesetzen soll die Bürger*innenbeteiligung gestrichen werden!

Das hat Empörung verschiedener Akteure ausgelöst, u. a. des DGB Hamburg, des Paritätischen Hamburg sowie von LINKEN und CDU. Ein Argument fällt besonders ins Auge: Deputierte haben bislang die Stellenbesetzungen von Führungskräften in der Verwaltung demokratisch kontrolliert. Rot-Grün will das abschaffen. Undurchsichtige Personalentscheidungen und „Filzvorwürfe“ wären die Folge.

Doch Deputationen sind weit mehr als Kontrollinstanzen. Sie sind ein Stück Hamburger Geschichte mit langer Tradition. Es ist keinesfalls so, dass lediglich Parteimitglieder mit einem Posten in einer Deputation „bedient“ werden, sondern es gibt viele fachkundige Bürger*innen, die ihren Sachverstand als Deputierte in die Arbeit der Behörden einbringen. Statt sie abzuschaffen, sollte eine Stärkung dieses wichtigen Bürger*innengremiums eingeleitet werden. So gibt es etwa – mit Ausnahme von Personalangelegenheiten – keinen Grund für die bisher verordnete Vertraulichkeit. Nach dem Vorbild von Bremen sollten zukünftig Sitzungstermine, Tagesordnungen und Sitzungsunterlagen veröffentlicht und damit allen interessierten Bürger*innen zugänglich gemacht werden. In teilöffentlichen Sitzungen könnten so auch fachliche Anträge und Beschwerden von Bürger*innen behandelt werden.

Bürger*innenbeteiligung darf nicht als lästiger Verwaltungsaufwand und Kostenfaktor betrachtet werden, sondern ist ein wichtiger Baustein unserer Demokratie!

Wir, die Unterzeichner*innen dieses Papiers, fordern daher die Regierungsfraktionen auf, ihren Antrag zur Abschaffung der Deputationen zurückzuziehen und einen breiten Beteiligungsprozess zu ihrer Reform einzuleiten.

Unterzeichnende:

1. Boyke Christensen, Deputierter Behörde für Wirtschaft und Innovation (BWI) / Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM)
2. Bernd Capeletti, Deputierter BWI und BVM
3. Gerald Neubauer, Deputierter BWI und BVM

4. Dr. Natalie Hochheim, Deputierte Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)
5. Christop Günther, Deputierter BSW
6. Hans-Detlef Roock, Deputierte BSW
7. Lothar Hänsch, Deputierter BSW

8. Henning Feige, Deputierter Behörde für Schule und Berufsausbildung (BSB)
9. Arne Timmermann, Deputierter Justizbehörde
10. Heike Schoon, Deputierte Behörde für Umwelt und Energie (BUE)
11. Marc Meyer, Deputierter Behörde für Inneres und Sport (BIS)
11. Peter Heim, Deputierter BSW
12. Andreas Müller-Goldenstedt, Deputierter Behörde für Arbeit, Soziales und Integration (BASFI)
13. Hinrich Feddersen, Deputierter BWI und BVM
14. Siri Keil, Deputierte Kulturbehörde
15. Anna Pogorelets, Deputierte Behörde für Gesundheit
16. Dr. Rainer Volkmann, Deputierter Finanzbehörde

17. Klaus Wicher, SoVD Hamburg
18. Simon Dhemija, Jugendhilfeausschuss Harburg
19. Thomas Iwan, Jugendhilfeausschuss Wandsbek
20. Heinz Bründel, Jugendhilfeausschuss Altona
21. Angelika Traversin, Jugendhilfeausschuss Hamburg-Nord
22. Prof. Dr. Timm Kunstreich, Lieselotte-Pongratz-Stiftung